



Demo (12.11.) Wem gehört die Stadt? Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete...

...weil Wohnung keine Ware sein darf
 ...weil Menschen in der Stadt ausgegrenzt werden
 ...weil die ganze Miete nur Profitinteressen dient
 ...weil eine Stadt für ALLE anders aussieht.

Wer als StudierendeR neu nach Freiburg ziehen will, weiß: Ohne Moos nix los. Wer als Familie mit einer WG, die Geld zusammenlegen kann, konkurrieren muss, weiß erst recht: Keine Chance!

Wessen Wohnung vom Vermieter energetisch saniert oder auch nur an den Mietspiegel herangeführt wurde, weiß oftmals auch: Freiburg ist nicht mehr meine Stadt.

Wer als Hartz-IV-BezieherIn vom Amt hört: Suche eine andere Wohnung, deine ist zu teuer, und die Zeitung aufschlägt, wird zwangsweise sehen: In Freiburg kann ich nicht mehr wohnen.

Wer als MieterIn von einer Erhöhung der Mieten bei der Stadtbau betroffen ist und sich an die Quartiersarbeit wendet, wird zunehmend merken: Eine solidarische Unterstützung ist nicht möglich, weil die Stadt sagt: Hier kontrollieren wir. Mieterhöhungsprobleme dürfen nicht diskutiert werden.

Wer obdachlos ist und hofft, in der Freiburger Innenstadt nächtigen zu können, bekommt es von der Polizei immer wieder direkt per Schreiben unter die Nase gerieben: Weg da!

Wer glaubt, der öffentliche Raum sei für alle da, und in gemütlicher Runde mit Gitarre und Getränken einen Abend auf dem Augustinerplatz verbringen will, weiß auch: Ich bin in Freiburg unerwünscht.

Wer einen bezahlbaren Club sucht um zu feiern, weiß immer häufiger: Nachbarn oder Amt für öffentliche Ordnung sagen: Das ist nicht dein Platz!

Wer als schutzsuchender Flüchtling in Freiburg lebt, merkt es sowieso: Sammellager mit Zäunen, teilweise nur 4,5 qm, Zugangskontrollen, oft ohne Möglichkeit Besuch zu empfangen, die Angst vor Abschiebung, sorgen garantiert für alles andere, aber nicht für eine Wohlfühlatmosphäre.

Die Antwort auf die Frage „Wem gehört die Stadt?“ kann nur heißen: Raus aus der Frustration!

Schon 2012 haben wir gesagt: Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete.

In Freiburg wird im Durchschnitt mehr als 44% des Einkommens für die Miete ausgegeben. Durch stark steigende Mieten und weniger stark steigende Löhne,

verschlechtert sich das Verhältnis immer weiter. In Freiburg können sich Haushalte mit durchschnittlichem verfügbarem Einkommen einer Studie zufolge nach Trier bundesweit am wenigsten Wohnraum leisten. Das heißt: Wir müssen uns nicht nur gegen hohe Mieten, sondern auch gegen prekäre Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne wehren. Die halbe Miete wäre ein Anfang, aber zu einer Stadt für Alle gehört noch viel mehr. Wer sieht, wie im Gemeinderat der eigene Beschluss, bei zukünftigen Neubauprojekten 50% sozial-gebundenen Mietwohnraum zu schaffen, ignoriert wird, merkt: Die Hoffnung auf Veränderungen durch diese gemeinderätliche Ebene trägt.

Wer zugeschaut hat, wie eine alternative Lokalität nach der anderen – wie das Artik – schließt, und aufgeschreckt ist, weil es nun auch den eigenen Lieblingsort getroffen hat, realisiert: Ich sollte mich wehren.

Wer seine Wohnung in Weingarten – zum Beispiel im Binzengrün 34 – verloren hat, weil die Stadtbau aus Mietwohnungen Eigentum gemacht hat und dabei nicht von Verdrängung, sondern von sozialer Durchmischung gesprochen wird, könnte zur Erkenntnis kommen: Wir müssen diese Verhältnisse aufmischen!

Dafür braucht es organisierte MieterInnen-Zusammenschlüsse, basisdemokratische Stadtteilorganisation, soziale Zentren, solidarisches Zusammenstehen gegen Zwangsräumungen, Organisation gegen schlechte Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne, Druck von unten auf Gemeinderat und Ordnungsamt, ein solidarisches Zusammenstehen gegen Rassismus und jede Form von Ausgrenzung!

Gehen wir raus. Fangen wir an!

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen. Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE:

- 08.11. 20 Uhr | Film: Die Stadt als Beute | aka Film-Club

- 11.11. 20.30 Uhr | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen | Mietshäuser-Syndikatsbüro, Adlerstr. 12

- Sa. 12.11. 13 Uhr | Johanneskirche | Demo: Wem gehört die Stadt? Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete

- So. 13.11. 18 Uhr | 10 Jahre BürgerInnenentscheid-Fest | Weingarten



[FR] 10 JAHRE VERHINDERUNG DES FSB-VERKAUFS

2006 plante Oberbürgermeister Dieter Salomon zusammen mit den Gemeinderatsfraktionen der Grünen, der CDU und der Freien Wähler den vollständigen Verkauf des städtischen sozialen Wohnungsbaus an eine private Immobilienfirma. Durch den vielfältigen Widerstand unzähliger Menschen konnte ein Bürgerentscheid über den Verkauf der Stadtbau initiiert und gewonnen werden. Die Privatisierung war somit vom Tisch. Dieser Erfolg wurde nur dadurch möglich, dass man sich nicht vom Gerede von einer „alternativlosen Lösung“ hat einlullen lassen. Jahre später gab eine Politikerin der Grünen die wahren Gründe für die Initiative zum Verkauf preis: Man wollte damals, mit dem ersten grünen Oberbürgermeister im Amt, den Erfolg einer schuldenfreien Stadt präsentieren – auf Kosten tausender Mieter und Mieterinnen. Trotz des erfolgreichen Bürgerentscheids erhöhte die FSB massiv die Mieten und verkaufte, sobald es rechtlich möglich war, ihren Streubesitz. Nichtsdestotrotz: Der Entscheid setzte bundesweit ein wichtiges Signal gegen Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

WIRKUNGSLOSE MIETPREISBREMSE

Die Mietpreisbremse, die von Anfang an nicht das Ziel hatte, in den Markt einzugreifen und die Mieterhöhungen zu stoppen, bringt nichts. Zu diesem Ergebnis kommt auch das ZDF-Magazin Frontal 21. So stiegen die Mieten trotz der angeblichen Bremse in Hamburg im ersten Halbjahr 2016 um 5,0% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, in Berlin um 5,5%, in Frankfurt um 6,1% und in München gar um 7,6%. Die Mieten stiegen in Berlin auf 9,07 Euro pro m², in München auf 15,52 Euro pro m².

ARM BLEIBT ARM

Die Hans-Böckler-Stiftung kam in einer Studie zur leider wenig erstaunlichen Erkenntnis: „Arm bleibt arm und Reich bleibt reich“. Galten 1993 noch elf Prozent der Deutschen als arm, waren es 10 Jahre später schon 15,3 % der Bevölkerung, die weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verdienen. Jede zweite Person, die 2009 in Armut lebte, tat dies am Ende der Studie 2013 auch noch. 63 % der Untersuchten, die sich im Untersuchungszeitraum nicht aus der Armut befreien konnten, verfügten lediglich über einen Hauptschulabschluss. Die Einkommensungleichheit ist besonders in Ostdeutschland ausgeprägt. Laut Böckler-Stiftung bestehen vor allem bei der unteren Mittelschicht Abstiegsrisiken.

WEITERER ANGRIFF AUF HARZ-IV-BEZIEHERINNEN

Die Jobcenter sollen, nach dem Willen der Bundesagentur für Arbeit, Hartz-IV-BezieherInnen noch schärfer kontrollieren.

So sollen BezieherInnen, die nach Ansicht der Bundesagentur ihre "Bedürftigkeit selbst verursacht oder verschlimmert haben" sämtliche erhaltene Leistungen für bis zu drei Jahre zurückzahlen müssen. Darunter würden selbst Essensgutscheine fallen. Als „sozialwidriges Verhalten“ soll zukünftig auch gelten, wenn Hartz-BezieherInnen nichts tun, um aus ihrer Notlage herauszukommen oder diese verschärfen. Wer z.B. bezahlte Jobs nach Ansicht des Jobcenters grundlos ablehnt, könnte auch von der Rückzahlungsforderung betroffen sein. Die Jobaufgabe, um sich anderweitig weiterzubilden könnte ebenfalls hart sanktioniert werden. Der Krieg gegen Erwerbslose geht weiter. "Sozialwidrig" ist die ständige Drangsalierung von Hartz-IV-BezieherInnen und die Anhäufung von Reichtum, die aus der Ausbeutung der Armen resultiert.

GÖTTINGEN: OM10 KAUFT GEWERKSCHAFTSHAUS

Im November 2015 hatten AktivistInnen das leerstehende ehemalige DGB-Haus in Göttingen besetzt. Sie wollten schnell Wohnraum für Geflüchtete und andere wohnungssuchende Menschen zu Verfügung stellen. Nun, ein knappes Jahr danach, kommt eine erfreuliche Nachricht aus Göttingen. Der öffentlich Druck hat dazu geführt, dass die Initiative Om10 das Haus zu einem politischen Preis, der sich nicht am Immobilienmarkt orientiert, von der Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des DGB kaufen konnte. "Mit dem Hauskauf wird das Gebäude für immer dem Spekulationsmarkt entzogen und somit auf Dauer als politisches Zentrum und Raum für selbstverwaltetes Wohnen gesichert." so OM10. Auch in Freiburg gibt es die Forderung, das leerstehende DGB-Haus als soziales Zentrum für Alle gemeinsam mit Geflüchteten zu nutzen. Vielleicht auch aufgrund der fehlenden Besetzung, sträubte sich aber bisher die DGB-Bundesebene mit der Initiative zu verhandeln.

[FR] FLÜCHTLINGE WAREN 7-9 MONATE IN NOTUNTERKUNFT

Als die Stadthalle in Freiburg als Notfallunterkunft für Flüchtlinge eröffnet wurde, hieß es von der Stadt, dass die dort untergebrachten Personen nur wenige Wochen bis höchstens 3 Monate in der Stadthalle bleiben sollten. Geplant war, sie dann anders unterzubringen. Nicht zuletzt eine Zukunftswerkstatt zu den Bedingungen in der Stadthalle hat nun ergeben: Die Verlautbarungen im Vorfeld hatten nichts mit der Realität zu tun. Die von den WissenschaftlerInnen befragten Flüchtlinge mussten 7-9 Monate in der Stadthalle bleiben und litten dadurch, dass die Schlafkabinen oben offen sind, insbesondere am Lärm. Kaum Schlaf sei in der Unterkunft in der Stadthalle möglich.

Eine noch viel existenziellere Angst beherrscht die Flüchtlinge aus Afghanistan, die in der Unterkunft untergebracht sind. Sie haben Angst vor Abschiebung ins nach Neusprech "sichere" Afghanistan. Die Notfallunterkunft in der Stadthalle soll Ende dieses Jahres geschlossen werden.

[FR] GRUNDSTÜCKSSPEKULATION AUF KOSTEN DER BÜRGER

Das Essilor-Gelände auf der Freiburger Haid soll Platz für eine Flüchtlingsunterkunft bieten. Das Gelände ist ein städtisches Erbbaugelände. Trotzdem schloss die Stadt vor einigen Monaten mit Essilor einen wahnsinnig teuren Mietvertrag. Und verzichtete durch den Vertrag auch noch komplett auf die Erhebung von Erbpachtzinsen. Durch dieses Handeln der Stadt zum lukrativen Spekulationsobjekt geworden, hat jetzt Essilor schnell einen Investor gefunden, der das Grundstück kaufen wollte. Nun hatte die Stadt Freiburg nur bis zum 4. Oktober Zeit das Gelände zu kaufen, um so die Kontrolle zu behalten. Nachdem die Stadt selbst den Preis hochgetrieben hat, soll letztlich nicht die sie den Kauf abwickeln, sondern die FWI, an der die Stadt beteiligt ist. So bekommt auch die Sparkasse, andere Eigentümerin der FWI, noch ein bisschen Geld durch spätere Mieteinnahmen zugesteckt. Es lebe die unnötige Immobilienspekulation auf Kosten der Freiburger SteuerzahlerInnen. Der Gemeinderat hat dem Deal einstimmig zugestimmt.

[FR] WIR BAUEN LUXURIÖS

In einer Pressekonferenz der Stadt zum Thema Wohnen wurden zahlreiche kommende Baustellen präsentiert. An der Habsburger Straße, Mooswald-West, Kappler Straße, in Zähringen. So sollte Aktivität öffentlich gezeigt werden. Festzuhalten bleibt aber: Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum scheint auf der Prioritätenliste der Stadt nicht sehr weit oben zu stehen. Das Motto lautete hingegen: Wir bedienen das Luxussegment... ein paar Krümel werden schon bei den Ärmern ankommen. Fast 260.000 Menschen könnten Prognosen zufolge bis 2030 in Freiburg leben. Ärmere Menschen dürften es aber schwer haben. So stellte Dieter Salomon mit Blick auf den neuen Stadtteil Dietenbach schon mal klar, dass aufgrund der hohen Baukosten und der benötigten Infrastruktur wohl kaum preisgünstiger Wohnraum in großer Anzahl entstehen werde. Das Einhalten der 50-Prozent-Quote an sozialem Wohnungsbau, die Einführung einer Vorgabe, keine städtischen Grundstücke mehr an Investoren zu verkaufen, solche Ideen sind Salomon & Co. fremd.